

Umständen würde er durch dessen Annahme gezwungen werden, was er ungern tun würde, Bücher ohne Ladenpreis auszugeben.

Der Herr Vorsitzende fragt Herrn Springer, ob er den Antrag gestellt habe, die Verkaufsordnung bis zum nächsten Jahre zu vertagen. Herr Springer verneint dies, da er die gegenteilige Stimmung erkannt habe.

Der Herr Vorsitzende faßt das Resultat der Aussprache nochmals kurz zusammen und geht dann zum nächsten Punkte des Jahresberichts »Leipziger Zettelpakete« über.

Er erwähnt das im Börsenblatt veröffentlichte Resultat der Umfrage und schlägt vor, die Angelegenheit vorerst abwartend zu behandeln.

Herr Oskar Schuchardt-Berlin regt an, beim Börsenverein zu beantragen, daß jedes Mitglied das Börsenblatt erhalte.

Herr Robert Voigtländer-Leipzig wünscht, daß gelegentlich der Verhandlungen über den Antrag Speyer-Freiburg in der Börsenvereins-Hauptversammlung vom Verlegerverein eine Erklärung gegen die Freiburger Bestrebungen abgegeben werde.

Herr R. V. Prager-Berlin verbreitet sich über die Schwierigkeiten bei der Durcharbeitung des Zettelpaketes, ist aber auch der Meinung, daß die Zurückweisung durchaus unangebracht sei.

Herr Dr. Otto Bielefeld-Freiburg (Br.) erörtert kurz die Gründe und Wünsche der Freiburger Sortimenten.

Der Herr Vorsitzende erwidert Herrn Schuchardt, daß sein Vorschlag nicht neu sei und wohl wenig Aussicht auf Durchführung habe. Herrn Voigtländers Anregung soll befolgt werden.

Über den Bücherbettel namentlich in bezug auf Schulbücher teilt der Vorsitzende mit, daß im Anschluß an die Hauptversammlung eine Versammlung der Schulbuchverleger einberufen sei, um diese Angelegenheit weiter zu beraten.

Zu den Punkten Anzeigensteuer und Internationaler Verlegerkongreß werden weitere Bemerkungen nicht gemacht.

Der Buchdruck-Preistarif soll bei der Besprechung der Anträge Weigel und Genossen behandelt werden.

Bei dem Punkt Beschwerden über Verlegerschleuderei weist Herr Friß Springer auf die nach seiner Meinung möglichen Schwierigkeiten hin und meint, der Vorstand hätte ohne Befragung der Hauptversammlung dieser Anregung des Börsenvereins nicht zustimmen dürfen. Dem widerspricht der Herr Vorsitzende auf Grund der Anfangsbestimmung der Satzung.

Herr Dr. Otto Bielefeld teilt die Meinung des Vorsitzenden und bittet zugleich, den betroffenen Mitgliedern jeweils Benachrichtigung zukommen zu lassen.

Der Herr Vorsitzende erklärt, daß dies nicht zweckmäßig sein würde, um so weniger, als der Börsenverein nur ein Gutachten zu haben wünsche.

Mit einer kurzen Erwähnung der Neugestaltung des amerikanischen Urheberrechtsgesetzes seitens des Herrn Vorsitzenden, einer Anfrage des Herrn Max Schaper-Hannover wegen der Wahlen zum Börsenvereinsvorstand und des Herrn Anton Gase-Leipzig zur Ausfüllung der Frageliste wird die Besprechung des Jahresberichts geschlossen und dieser einstimmig genehmigt.

Punkt 2: Bericht des Schatzmeisters.

Der erste Schatzmeister Herr Arthur Meiner-Leipzig erläutert die Vermögensverhältnisse an Hand des gedruckt vorliegenden Kassenberichts.

Herr Generalkonsul Ritter von Oldenbourg-München ist der Meinung, daß der Verlegerverein keine Reserven an-

sammeln solle, und regt an, etwaigen Überschuß den Unterstützungsvereinen zu überweisen.

Dem widerspricht Herr Meiner unter Zustimmung der Versammlung.

Herr Raimund Gerhard-Leipzig berichtet über die Rechnungsprüfung, worauf der Kassenabschluß genehmigt wird.

Auch der Boranschlag für 1909 wird ohne Widerspruch genehmigt.

Punkt 3: Antrag der Herren Martin Weigel und Genossen.

I. Gründung eines Ausschusses zur Bekämpfung des Normaldruckpreistarifs.

II. Aufnahme von Verlegern in die Tarifämter des Buchdrucker-Bereins.

III. Schaffung einer ständigen Auskunftsstelle.

Zunächst erhält Herr Robert Sauerländer-Frankfurt das Wort und begründet die einzelnen Punkte des Antrags und die in Nr. 194 der »Mitteilungen« abgedruckte Resolution, auch erwähnt er seine bereits mit dem Vorstand gehabte Besprechung.

Der Herr Vorsitzende gibt eine Erklärung der Anschauungen des Vorstandes, die den Punkt II der Frankfurter Anträge in der dort umschriebenen Form als kaum durchführbar kennzeichnet und im übrigen in der Einsetzung einer Kommission gipfelt, der die weitere Behandlung mit der vom Buchdrucker-Berein zu ernennenden Kommission zu übertragen sei und der die Frankfurter Anträge, sowie die Resolution als Material zu überweisen wären.

Herr Franz X. Bachem-Köln ist der Meinung, daß weitere Erhöhungen des Lohntarifs in der nächsten Zeit nicht zu erwarten seien, eher das Gegenteil. Er bedauert die bisherige Behandlung vor der Öffentlichkeit, wodurch eine Verschärfung der Gegensätze hervorgerufen sei, umsomehr als nach seiner Ansicht die Aufträge der Verleger nur etwa 1/10 des Gesamtumsatzes der Druckereien ausmachten. Den Punkt 2 des Antrages hält er für unannehmbar, der Vorstand hätte diesen Punkt überhaupt nicht auf die Tagesordnung setzen sollen. Er empfiehlt schließlich die auch vom Vorstand empfohlene Überweisung an eine Kommission.

Der Herr Vorsitzende entgegnet, daß der Vorstand satzungsgemäß verpflichtet gewesen sei, den Punkt 2 auf die Tagesordnung zu setzen. Er erwähnt noch, daß der Vorstand zur Erwägung stelle, ob es sich nicht empfehlen würde, in die Tarifämter solche Buchdrucker aufzunehmen, die zugleich bedeutende Verleger wären, doch solle auch das am besten der Kommission überlassen werden.

Herr Hermann Hillger-Berlin begrüßt es, daß die Frankfurter Herren endlich einmal diese wichtige Frage angeschnitten haben. Er setzt Zweifel in die Richtigkeit der Behauptung des Herrn Bachem, daß eine weitere Erhöhung des Lohntarifs nicht zu erwarten sei, da bei den Tarifverhandlungen die Masse der Gehilfen entscheide.

Herr Heinrich Schöningh-Münster schließt sich den Ausführungen des Vorredners an und beweist an der Hand einiger Beispiele, in welchem Maße die Prinzipale von den Gehilfen abhängig seien.

Herr Bachem versucht, die Anschauungen des Herrn Hillger zu widerlegen, indem er eine Darstellung der Zusammensetzung der Tarifämter gibt.

Herr Dr. Ludwig Volkmann-Leipzig wünscht als Verleger und Drucker eine Kommission im Sinne des Vorschlages des Vorstandes und würde es begrüßen, wenn die Frankfurter Anträge zurückgezogen würden. Er kommt dann auf den Antrag der Börsenvereins-Hauptversammlung zu sprechen, betreffend die Änderung der Bestimmungen für das Börsenblatt in bezug auf die Annahme von Anzeigen billiger